

Vom zentralen „Stasi-Knast“ zum markantesten Erinnerungsort der zweiten deutschen Diktatur. Zur Entstehungsgeschichte der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen 1989 bis 2000. Eine Chronik.

Peter Erler

Unter den Slogans „Glasnost“ und „Perestroika“ nahm die Kommunistische Partei der Sowjetunion in der Gorbatschow-Ära einen zweiten großen Anlauf zur Aufarbeitung ihrer eigenen, verdrängten Geschichte. Historiker der KPdSU berichteten in den Medien über die verbrecherischen Untaten des Stalinismus, und die Zentrale Parteikontrollkommission betrieb die Rehabilitierung bisher verfehmter Politiker und anderer Persönlichkeiten.

Angesichts dieser Geschehnisse wandte sich der „Kurt-Schumacher-Kreis e. V.“, eine Organisation ehemaliger SPD-Mitglieder und politischer Häftlinge aus der DDR, Anfang August 1988 hoffnungsvoll an den Generalsekretär des ZK der SED und regte in Berlin-Hohenschönhausen die Errichtung „ein[es] Mahnmal[s] für die deutschen Opfer des Stalinismus“ an. Da am eigentlichen Repressionsort das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) immer noch sein Untersuchungsgefängnis betrieb, schlugen die westdeutschen Vereinsvertreter für das Memorial ein „Gelände südlich des Güterbahnhofs Hohenschönhausen“ vor.¹

Der Perestroika-Gegner Erich Honecker war jedoch der falsche Ansprechpartner für das Anliegen des Kurt-Schumacher-Kreises. Erst mit dem Abtreten des SED-Regimes 1989/90 und der sich abzeichnenden Wiedervereinigung entstanden die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die das vor Monaten angedachte Vorhaben in den öffentlichen Diskurs brachten.

Aber auch unter diesen vergleichsweise günstigen politischen Umständen dauerte es noch viele Jahre, bis es in Berlin-Hohenschönhausen zur Eröffnung einer Gedenkstätte und schließlich im Jahre 2000 zur Gründung einer vom Land Berlin und vom Bund finanzierten Stiftung kam.

Die folgende Chronik soll die einzelnen Abschnitte dieses nicht immer geradlinig verlaufenen Weges aufzeigen sowie an die verschiedenen Personen erinnern, die an der Entstehung der Gedenkstätte beteiligt waren und die damaligen Geschehnisse forciert oder mitunter auch gehemmt haben.

¹ Frankfurter Allgemeine vom 6. August 1988. Siehe auch: Carola Rudnick.: Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989. Bielefeld 2011, S. 227.

Als Quellengrundlage für diese Ausarbeitung dienten vor allem das Archiv der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, zeitgenössische Presseerzeugnisse, Aufzeichnungen und Erinnerungen ehemaliger Beteiligten am Diskussions- und Gestaltungsprozess sowie einzelne Buchpublikationen.²

Chronik

1989

Von Januar bis Oktober werden in das zentrale Untersuchungsgefängnis des MfS in Berlin-Hohenschönhausen 444 Personen eingeliefert. Weit über die Hälfte der Inhaftierten sind „Republikflüchtlinge“. 257 von ihnen wurden von Mitarbeitern der DDR-Staatssicherheit aus der Tschechoslowakei (197), aus Ungarn (59) und Bulgarien (1) rücküberführt.

27. Oktober 1989

Der Staatsrat der DDR beschließt eine Amnestie für Personen, die im Zusammenhang mit Fluchtversuchen, Ausreisebegehren und sogenannten politischen Demonstrativhandlungen verurteilt worden waren oder sich in Untersuchungshaft befinden. Nach diesem Straferlass, dessen Umsetzung bis Ende November 1989 abgeschlossen werden soll, sind die Vernehmungsoffiziere der Hauptabteilung IX des MfS in Berlin-Hohenschönhausen schwerpunktmäßig mit der Überprüfung der entsprechenden Sachverhalte bei den im Gefängnis inhaftierten Frauen und Männer beschäftigt.

28. Oktober 1989

Der Schauspieler Ulrich Mühe liest im überfüllten Deutschen Theater in Berlin aus dem Buchmanuskript von Walter Janka „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“. Durch die Übertragung der Veranstaltung im Radio (am 5. November 1989) und im Fernsehen erfährt die Mehrheit der DDR-Bevölkerung zum ersten Mal über die Existenz des Untersuchungsgefängnisses in Berlin-Hohenschönhausen und über die unmenschlichen Haftbedingungen im ehemaligen Kellergefängnis.

1. November 1989

In einem „Aufruf zur Vergangenheitsbewältigung, zur Rehabilitierung der Opfer stalinistischer Verfolgungsmaßnahmen und zur historischen Wahrheit in der DDR“, der an Egon Krenz, den Generalsekretär des ZK der SED, adressiert ist, regt der Kurt-Schumacher-Kreis e. V. an, nun „auf dem Gelände des zentralen NKWD-Untersuchungsgefängnisses [in Berlin-Hohenschönhausen] ein Denkmal für die Opfer des Stalinismus zu errichten.“ Ein ähnlich lautendes Schreiben richtet der

² Carola Sabine Hinrichsen: Geschichts- und Erinnerungspolitik mit der Vergangenheit der DDR. Die Geschichts- und Erinnerungspolitik des Bundes und das Beispiel der Berliner Gedenkstätten in den 1990ern. Magisterarbeit an der Leuphana Universität Lüneburg 2004; Frank König: Die Gestaltung der Vergangenheit. Zeithistorische Orte und Geschichtspolitik im vereinten Deutschland. Marburg 2007; Rudnik, Hälfte.

Verein am 3. Dezember an die Regierung der DDR. Gleichzeitig bittet er die Regierung der Bundesrepublik, sein Vorhaben zu unterstützen.

17. November 1989

Die Volkskammer der DDR beschließt an Stelle des MfS ein personell reduziertes und reformiertes Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) zu bilden. Das Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen gehört weiterhin zu dessen Organisationsstruktur.

25. November 1989

Der Leiter des Untersuchungshaftvollzugs beim nunmehrigen AfNS, Siegfried Rataizick, legt einen „Vorschlag zur Neustrukturierung der Linie XIV“ vor. Im Gegensatz zu der Gewahrsamseinrichtung in der Magdalenenstraße in Berlin-Lichtenberg und einigen anderen regionalen Hafthäusern spricht er sich für den Verbleib des zentralen Gefängnisses in Berlin-Hohenschönhausen im neuen Amt aus.

1. Dezember 1989

Der Runde Tisch des Stadtbezirks Hohenschönhausens votiert auf Antrag des Neuen Forums dafür, den „Keller in Hohenschönhausen ..., in dem aufrechte Menschen gefügig gemacht wurden, als Mahn- und Gedenkstätte einzurichten“.

2. Dezember 1989

Hans Albrecht, erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Suhl, wird in Hohenschönhausen eingeliefert. Er ist der Erste aus einer Gruppe von „Regierungskriminellen“ aus dem Partei- und Staatsapparat der DDR, die wegen Vertrauensmissbrauch und Untreue verhaftet werden. Ihm folgen u. a. Werner Krolkowski, Günter Mittag, Willi Stoph und Harry Tisch.

13. Dezember 1989

Zum letzten Mal wird ein Häftling in das zentrale Untersuchungsgefängnis des Amts für Nationale Sicherheit in Berlin-Hohenschönhausen eingeliefert. Gegen die betreffende Person, die am 22. Dezember wieder zur Entlassung kommt, wird wegen Militärstraftaten ermittelt.

14. Dezember 1989

Die Regierung der DDR beschließt die Auflösung des AfNS (Beschluss 6/18a/90). Gleichzeitig fällt die Entscheidung, den Bereich Untersuchung von Straftaten (Hauptabteilung IX) und den Untersuchungshaftvollzug (Abteilung XIV) mit Personal und Infrastruktur an das Ministerium des Innern (Mdl) zu übergeben.

16. Dezember 1989

Auf ihrem Außerordentlichen Parteitag befürwortet die SED-PDS die vom Kurt-Schumacher-Kreis e. V. vorgeschlagene Errichtung eines Mahnmals für die Opfer stalinistischer Verbrechen.

17. Dezember 1989

Nach mehrstündiger Verhandlung mit der Leitung erhalten Ulrike Poppe als Delegierte des Zentralen Runden Tisches von der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ zusammen mit dem ehemaligen Stasi-

Häftling Jürgen Berger Zugang zur Untersuchungshaftanstalt in der Genslerstraße. Nach anderthalbstündigem Besuch des Gefängnisses geben Poppe und Berger einem Kamerateam der ARD ein Interview.

Januar 1990

Die Arbeitsgruppe „Opfer des Stalinismus“ am Ostberliner Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung beginnt im Auftrag der PDS-Führung mit Recherche- und anderen Vorarbeiten für die Prüfung des Anliegens zur Errichtung einer Gedenkstätte für die Opfer von Verhaftungen und Verfolgungen nach 1945 auf dem Gebiet der SBZ/DDR.

5. Januar 1990

Das Untersuchungsgefängnis des AfNS in Berlin-Hohenschönhausen wird mit den verbliebenen Mitarbeitern formal in die Verwaltung Strafvollzug des Ministeriums des Innern (Mdl) eingegliedert.

9. Januar 1990

Letztmalig wird unter der Verantwortung des AfNS ein Häftling aus dem Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen entlassen.

12. Januar 1990

Auf Initiative von Richard Gramse, Pfarrer der Friedenskirche in Berlin-Niederschönhausen, plädiert die Evangelische Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg auf ihrer Sitzung für eine Gedenkstätte, bestehend aus einem Mahnmal und einem Dokumentationszentrum für alle in Berlin-Hohenschönhausen von der sowjetischen Geheimpolizei und vom MfS Inhaftierten.

14. Januar 1990

Im Zuge der Auflösung des MfS/AfNS wird der langjährige Leiter der Abteilung Untersuchungshaft, Siegfried Rataizick, entlassen und geht in den vorgezogenen Ruhestand.

15. Januar 1990

Das Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen wird mit einer Personalstärke von 50 Mann offiziell an das Mdl übergeben. Es ist mit Angehörigen eines Strafgefangenenarbeitskommandos und 15 Untersuchungshäftlingen belegt. Von nun ab fungiert das Gefängnis als eine Filiale der Vollzugseinrichtung Rummelsburg. Neuer Leiter wird der Major der Volkspolizei (VP) Michael Gebhard.

25. Januar 1990

Vertreter der zeitweiligen Kommission zur Untersuchung ehemaliger MfS-Objekte im Stadtbezirk Hohenschönhausen unter Leitung des Pfarrers Martin Hofmeister erhalten Zutritt zur Haftanstalt.

Januar – März 1990

Unter der Verantwortung des Mdl werden verschiedene bauliche Veränderungen am Untersuchungsgefängnis vorgenommen. So werden die Freiganghöfe vergrößert und die bisherige Maschendrahtabdeckung abgenommen. Gleichfalls werden aus einigen Gemeinschaftszellen die

Glasbetonbausteine entfernt und durch normale Fenster ersetzt sowie im Vernehmertrakt sogenannte Sprecherräume eingerichtet. Ein Arbeitskommando aus Strafgefangenen aus Rummelsburg errichtet vor der Gefängnismauer in der Genslerstraße und Lichtenauer Straße einen Außenzaun. Das darüberhinausgehende, zuvor weiträumig abgeriegelte Sperrgebiet in Hohenschönhausen wird aufgelöst.

2. Februar 1990

Aus den VP-Haftanstalten Rummelsburg und Keibelstraße werden acht weitere „Regierungskriminelle“, so unter anderem Erich Mielke, Gerald Götting, Joachim Herrmann, Wolfgang Junker, Heinz Keßler und Günther Kleiber, nach Hohenschönhausen verlegt. Sechs von ihnen kommen in das Haftkrankenhaus.

16. März 1990

Vertreter der Westberliner Senatsverwaltung für Justiz unter Leitung von Abteilungsleiter Christoph Flügge treffen sich mit dem Leiter der Abteilung Strafvollzug des Mdl, Generalmajor Wilfried Lustik, im Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen. Hinsichtlich der Hafteinrichtung erwähnt letzterer, dass es dort „ca. 150 Haftplätze“ gibt und eine Erweiterung auf 230 angestrebt wird.

Am gleichen Tag entstehen die am 16. Mai 1991 im „Stern“ veröffentlichten Fotos von Erich Mielke und Harry Tisch.

18. März 1990

Im Gefängnis beteiligen sich die Untersuchungsgefangenen und Angehörigen des Strafgefangenenarbeitskommandos an den ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR.

24. April 1990

Der Kurt-Schumacher-Kreis e. V. unter Vorsitz des ehemaligen politischen Häftlings Hermann Kreuzer richtet an die neu konstituierte Volkskammer der DDR sowie an den Ministerpräsidenten Lothar de Maizière und den Innenminister Michael Distel einen weiteren öffentlichen Aufruf zur Errichtung einer zentralen Gedenkstätte für alle deutschen Opfer des Stalinismus. Das Konzept sieht vor, bei laufendem Betrieb der Haftanstalt auf einem kleinen Teil des Hofes an der Ecke Genslerstraße/Lichtenauer Straße einen Gedenkstättenbereich mit separatem Eingang zu schaffen. Die alsbaldige Realisierung befürworten u. a. der Vizepräsident der Volkskammer der DDR, Reinhard Höppner, die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süßmuth, der Kulturminister der DDR, Herbert Schirmer, und der Landesbischof der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck.

In der Folgezeit finden zusammen mit dem Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung in Ost-Berlin, dem Kurt-Schumacher-Kreis und Vertretern des Innenministeriums der DDR im Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen Gespräche über das Projekt statt.

Mai 1990

Mit Auszügen aus dem 1968 entstandenen Manuskript „Hohenschönhausen, Zelle 51“ von Anna Schlotterbeck veröffentlicht die vom Schriftstellerverband der DDR herausgegebene Monatszeitschrift „Neue Deutsche Literatur“ einen ausführlichen Erinnerungsbericht über die Haft im

„U-Boot“. Die gesamten Aufzeichnungen Schlotterbecks erscheinen noch im gleichen Jahr unter dem Titel „Die verbotene Hoffnung. Aus dem Leben einer Kommunistin“ in einem Hamburger Verlag.

30. Mai 1990

Die Volkskammerabgeordnete Vera Wollenberger von der Grünen Partei besichtigt zusammen mit ihrem Ehemann Knud, dem zu diesem Zeitpunkt noch nicht enttarnten IM „Donald“, das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen, in dem sie im Januar/Februar 1988 inhaftiert gewesen war.

16. Juni 1990

Christian Flügge, Abteilungsleiter in der Westberliner Senatsverwaltung für Justiz, besucht erneut das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen. Der Leiter der Einrichtung Gebhard gibt die Sollstärke des Anstaltspersonals mit 135 an. Davon sind 99 Stellen dem operativen Dienst zuzurechnen und 36 der Verwaltung.

13. September 1990

Auf Einladung des Heimatvereins Hohenschönhausen e.V. findet eine öffentliche Besichtigung des Gefängnisses statt.

17. September 1990

Erben von Richard Heike, der bis 1945 eine Fleischmaschinenfabrik auf dem Gelände des ehemaligen Sperrbezirks betrieb und unmittelbar nach Kriegsende von den Sowjets erschossen worden war, aus Deutschland, Italien und den USA stellen bei der Magistratsverwaltung für Finanzen einen Rückführungsantrag, der auch einen großen Teil des Gefängnisareals betrifft.

21. September 1990

Durch die Fahrlässigkeit des Wachpersonals flüchten drei vorbestrafte Kleinkriminelle aus dem Untersuchungsgefängnis des Mdl. Sie gelangen über eine Zwischentür in das benachbarte Gebäude des Zentralen Kriminalamtes (ehemaliger Sitz der HA IX), überwinden eine Mauer und brechen vom Gelände des ehemaligen MfS-Kfz-Dienstes – nunmehr Car-Service Berlin GmbH - zu einem kurzen Abstecher in die Freiheit auf. Nach einigen Tagen werden sie von der Volkspolizei wieder festgenommen.

25. September 1990

Die Westberliner Senatsverwaltung für Justiz bittet den im Mdl der DDR für Strafvollzug zuständigen Leiter im Zusammenhang mit der bevorstehenden „Übernahme der Verantwortung für die Vollzugsanstalten im Ostteil des Landes Berlin durch unser Haus“ im Rahmen der Wiedervereinigung um Kontaktaufnahme „mit den jeweils zuständigen Justizvollzugsanstalten“. Für die ehemaligen Untersuchungsanstalten des MfS in den Stadtbezirken Pankow, Lichtenberg und Hohenschönhausen ist die JVA Moabit zuständig.

1. Oktober 1990

Auf der Grundlage einer internen Entscheidung übernimmt die Westberliner Senatsverwaltung für Justiz um 13.00 Uhr alle Ostberliner Haftanstalten. Offiziell findet die Übernahme jedoch erst am 3. Oktober 1990 um 0.00 Uhr statt.

4. Oktober 1990

26 Straf- und Untersuchungsgefangene, unter ihnen Erich Mielke und Harry Tisch, werden aus dem Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen in Westberliner Justizvollzugsanstalten überführt (8 in die JVA Plötzensee und 18 in die JVA Moabit).

25. Oktober 1990

Auf Einladung des Bundesministeriums des Innern, Außenstelle Berlin, Sachgebiet Strafvollzug, findet in der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen eine Beratung mit den Justizressortleitern der neuen Bundesländer zur Übergabe des Strafvollzuges aus dem Innen- in das Justizressort statt.

30. November 1990

Der Haftbetrieb in Berlin-Hohenschönhausen wird endgültig eingestellt. Das Untersuchungsgefängnis dient nur noch als Aufbewahrungsort für die Zentralkartei des DDR-Strafvollzugs mit mehr als 835.000 Karteikarten. Die Senatsverwaltung für Justiz beabsichtigt den Komplex nach entsprechender Sanierung ab Mitte 1992 für den offenen und leichten Vollzug zu nutzen.

14. Februar 1991

Vertreter des Bundesministeriums des Innern, der Landesjustizverwaltungen der fünf neuen Länder und der Senatsverwaltung für Justiz beraten über die Zukunft des ehemaligen Haftortes Berlin-Hohenschönhausen. Diskutiert wird u. a. die Nutzung der Zentralkartei des DDR-Strafvollzugs für den Nachweis von Haftzeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Häftlingshilfegesetzes.

20. Februar 1991

Nach dem Planungsstand der Senatsverwaltung für Justiz werden für den Umbau des Gefängnisses Berlin-Hohenschönhausen in eine Nebenanstalt des offenen Strafvollzugs für ca. 200 Plätze 3,2 Millionen DM veranschlagt. Die Tätigkeiten für den 1. Bauabschnitt mit 156 Plätzen sollen noch 1991 beginnen. Für eine Gedenkstätte ist lediglich ein kleiner, von der zukünftigen Anstalt abgetrennter Teil des ehemaligen Stasi-Gefängnisses vorgesehen.

14. März 1991

Die ostdeutsche Justizministerkonferenz in Dresden beschließt unter der Federführung der zuständigen Berliner Senatsverwaltung im ehemaligen zentralen MfS-Gefängnis eine Zentrale Informationsstelle mit Gefangenenkarteien und -akten der DDR einzurichten. Neben der Zentralkartei des Strafvollzugs sollen u. a. auch die 16.500 Akten der freigekauften Häftlinge, die zu diesem Zeitpunkt in der Strafvollzugsanstalt Rummelsburg lagern, für den Nachweis von Haftzeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Häftlingshilfegesetzes genutzt werden.

10. Mai 1991

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Gruppe Neues Forum/Bürgerbewegung im Berliner Abgeordnetenhaus fordern, fünf Ostberliner Gefängnisse für immer zu schließen. Sie schlagen vor, die ehemalige „Stasi-Terrorzentrale“ in Hohenschönhausen für ein „Museum/Gedenkstätte“ und ein „Stasi-Strafvollzugsarchiv“ zu nutzen.

13. Mai 1991

Auf Einladung der Senatorin für Justiz Jutta Limbach findet in der geschlossenen Haftanstalt ein Besichtigungstermin für Vertreter der Presse statt. Die Senatorin berichtet über die weitreichenden Nutzungspläne – Mahnmal mit Dokumentationszentrum und offener Strafvollzug – für das ehemalige Stasi-Gefängnis. Kurz darauf meldet die Heike-Erbengemeinschaft in den Medien erneut ihre Rechtsansprüche an.

26. Mai 1991

In einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, wendet sich der Schriftsteller und ehemalige politische Häftling in Berlin-Hohenschönhausen Jürgen Fuchs gegen eine weitere Nutzung als Gefängnis.

12. Juni 1991

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen/Unabhängiger Frauenverband empfiehlt die Bezirksverordnetenversammlung Hohenschönhausen, die Untersuchungshaftanstalt zu schließen und dort eine Gedenkstätte zu errichten.

7. Juli 1991

Die Justizverwaltung des Senats gibt eine Pressemitteilung heraus, wonach sie den „Stasi-Knast“ Hohenschönhausen nicht wieder mit Gefangenen belegen und auf diese Haftanstalt „mit großer Wahrscheinlichkeit“ verzichten werde. Kurz darauf wird noch vorhandenes Mobiliar aus den „U-Boot“-Zellen abtransportiert und in der Vollzugsanstalt Tegel eingelagert.

2. Oktober 1991

Der Berliner Senat beschließt offiziell, das ehemalige zentrale MfS-Untersuchungsgefängnis nicht mehr als Vollzugsanstalt zu nutzen, und befürwortet die Einrichtung einer Gedenkstätte. Die inhaltliche Zuständigkeit in dieser Frage wird der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten übertragen, die in den Folgemonaten mit Hilfe von ehemaligen Häftlingen zur Geschichte der Haft in Berlin-Hohenschönhausen recherchieren lässt und die Voraussetzungen des Geländes als Erinnerungsort prüft.

1992

Die Häftlingsbibliothek des ehemaligen Untersuchungsgefängnisses wird an die Hilfsorganisation für die Opfer politischer Gewalt in Europa HELP e. V. übergeben.

Frühjahr 1992

Die Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten regt an, das Terrain des ehemaligen Gefängnisses insbesondere wegen der „Dunkelzellenanlage“ im Keller des Verwaltungsgebäudes unter Denkmalschutz zu stellen.

2. März 1992

Das Grundstück Genslerstraße 66 wird von der Senatsverwaltung für Justiz in die Verwaltung des Bezirksamtes Hohenschönhausen übergeben.

9. Mai 1992

Das Bezirksamt Hohenschönhausen organisiert die erste öffentliche Besichtigung des ehemaligen Gefängnisses. Etwa 2.500 Interessierte kommen, unter ihnen viele ehemalige Häftlinge.

Mai 1992

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz legt ein erstes denkmalpflegerisches Gutachten vor. Darin wird der Denkmalcharakter der Gefängnisanlage in Berlin-Hohenschönhausen und speziell der Seltenheitswert des „U-Boots“ mit „Dunkelzellenbereich“ festgestellt.

15. August 1992

Das Parnass Theater Berlin führt das Stück „Tote ohne Begräbnis“ von Jean Paul Sartre in der Freiganganlage des ehemaligen Gefängnisses auf. Bis 13. September 1992 finden wöchentlich zwei Aufführungen statt. Auf dem Korridor zum Freiganghof präsentiert das Heimatmuseum Hohenschönhausen eine erste kleine Dokumentation zur Geschichte der Haftanstalt.

12. Oktober 1992

Nach Prüfung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz erfolgt die Aufnahme des Gefängnis Komplexes in der Genslerstraße 64-68 in Hohenschönhausen als bauliche Anlage in die Berliner Denkmalliste.

4. Februar 1993

Die FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus beantragt die Ausgestaltung des ehemaligen Gefängnisses „als Museum und Gedenkstätte für die Opfer des Widerstandes gegen kommunistische Terrorherrschaft“. U. a. sollen Denkmäler und Wahrzeichen des Sozialismus wissenschaftlich aufgearbeitet werden. In der Sitzung am 25. Februar d. J. wird der Antrag an den Kulturausschuss sowie den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten zur Beratung überwiesen.

11. März 1993

In einer Beschlussempfehlung regt die Bezirksverordnetenversammlung Hohenschönhausen an, im ehemaligen Gefängnis eine symbol- und ideengeschichtliche Ausstellung „Zwischen Utopie und Terror, SBZ/DDR 1945-1989“ zu zeigen.

14. April 1993

Auf ihrer 10. Sitzung beauftragt die Bezirksverordnetenversammlung Hohenschönhausen das Bezirksamt, eine Konzeption zur Nutzung der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt zu erarbeiten und diese dem Berliner Senat zu unterbreiten.

16. August 1993

Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen beantragt beim Bundeskanzleramt die Aufnahme des ehemaligen Gefängnisses in das neu etablierte Gedenkstättenprogramm der Bundesrepublik Deutschland.

Mai – Juni 1993

Auf Initiative des Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge bei der SPD und unter Leitung des ehemaligen Häftlings Hans-Joachim Hellwig-Wilson werden im Zusammenspiel von drei Senatsverwaltungen Teile des ehemaligen Gefängnisses gesäubert und für eine reguläre Besichtigung hergerichtet. Im „U-Boot“ erfolgt die Nachgestaltung von drei Folterzellen auf der Grundlage eines nicht überprüften Zeitzeugenberichts.

17. Juni 1993

Anlässlich des 40. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR wird das Gefängnisgelände für Besichtigungen geöffnet.

Juni 1993

Der Kurt-Schumacher-Kreis e. V. unterbreitet der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten und dem Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Berlin ein Konzept für die Gestaltung der zukünftigen Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Angedacht ist unter anderem eine gesonderte Gedenkanlage aus einem künstlerisch stilisierten Gräberfeld.

18. Januar 1994

Im Zusammenhang mit dem vom Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen an die Bundesregierung gestellten Förderantrag beschließt der Senat, ein Gutachten über den Aufbau einer Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen in Auftrag zu geben.

31. Januar 1994

Die Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten beruft eine Fachkommission bestehend aus den Wissenschaftlern Siegfried Suckut, Manfred Wilke und Stefan Wolle ein. Sie sollen ein Gutachten zum Aufbau einer Gedenkstätte erstellen.

7. März 1994

Bei einer Anhörung des Innenausschusses des Bundestages zur Gestaltung und Finanzierung von Gedenkstätten in Deutschland fordert der Abgeordnete der SPD, Siegfried Vergin aus Mannheim, dass auch eine zukünftige Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen zu den förderungswürdigen Einrichtungen gehören muss.

18. April 1994

Die wissenschaftliche Fachkommission für die Errichtung einer Gedenkstätte führt gemeinsam mit Opferverbänden eine öffentliche Anhörung durch. Zwei Tage später findet im Gefängniskomplex in Berlin-Hohenschönhausen zusätzlich eine Ortsbegehung statt.

26. April 1994

Auf Initiative des Kurt-Schumacher-Kreises e. V. unterbreitet eine „Konferenz der Verbände ehemaliger politischer Häftlinge“ der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten ein eigenständiges Gedenkstättenkonzept.

24. Mai 1994

Per Zuordnungsbescheid der Senatsverwaltung für Finanzen wird die ehemalige Haftanstalt in das Finanzvermögen des Stadtbezirks Hohenschönhausen übergeben. Eine als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) organisierte Gruppe „Kontakte-Umwelt“ beginnt mit Aufräumarbeiten.

31. Mai 1994

In ihrem Abschlussbericht empfiehlt die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, die ehemalige Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung als „Stätte des Gedenkens an die Opfer politischer Verfolgung von 1945 bis 1989“ zu nutzen.

1. Juni 1994

Die kommunale Beschäftigungsgesellschaft ABS Brücke GmbH Sozialbetrieb zur Arbeitsförderung, Bildung und Strukturentwicklung richtet ein Organisationsbüro ein, um das Gelände für Besichtigungen zugänglich zu machen. Gefördert wird das ABM-Projekt von der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, dem Arbeitsamt VIII und der Servicegesellschaft Zukunft im Zentrum GmbH. Mitarbeiter der ABS Brücke waren u. a. Andreas Noack und Gernot Mittag.

8. Juni 1994

Ein Kamerateam des Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg zeichnet mit Jürgen Fuchs im ehemaligen Gefängnis ein Interview auf.

Juli 1994

Das Organisationsbüro beginnt mit der Unterstützung ehemaliger Häftlinge wie Günter F. Töpfer oder Hans-Joachim Helwig-Wilson mit dem öffentlichen Führungsbetrieb. Ab September 1994 finden dreimal wöchentlich zu festgelegten Terminen Besichtigungen statt.

24. August 1994

Volker Rühe, Bundesminister der Verteidigung, besucht das ehemalige Gefängnis.

26. August 1994

Die vom Senator für Kulturelle Angelegenheiten Ulrich Roloff-Momin berufene Fachkommission für die Errichtung einer Gedenkstätte (Suckut, Wilke, Wolle) übergibt einen ersten Konzeptionsentwurf, der aus finanziellen Gründen nur Teile des Gefängniskomplexes in eine zukünftige Gedenkstätte einbezieht.

11. September 1994

Die im Aufbau begriffene Gedenkstätte beteiligt sich erstmals am bundesweiten Tag des offenen Denkmals. Mehrere ehemalige Häftlinge stellen sich als Zeitzeugen zur Verfügung, woraus sich, wie etwa bei Matthias Melster, ein über lange Jahre anhaltendes Engagement ergibt.

8. Oktober 1994

Der „Berliner Kurier“ vermeldet das Ende der Dreharbeiten für die vierzehnteilige ZDF-Fernsehserie „Zwei alte Hasen“ mit Harald Juhnke und Heinz Schubert im ehemaligen Untersuchungsgefängnis.

31. Oktober 1994

Seit Beginn des Führungsbetriebs haben 1.994 Personen die ehemalige Gefängnisanlage besucht.

Dezember 1994

Das als Aufbaustab agierende Organisationsbüro der ABS Brücke legt unter dem Titel „Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR im Zeitraum 1945 bis 1989“ einen Entwurf für einen Wegweiser durch das ehemalige Gefängnis vor.

1995

Die Bundesregierung stellt für das Haushaltsjahr 1995 eine Anschubfinanzierung von 108.000 DM für die geplante Gedenkstätte zur Verfügung.

18. Januar 1995

Auf Einladung des Vereins Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße (ASTAK) diskutieren die Opferverbände Gestaltungsvorschläge für eine zukünftige Gedenkstätte. Vertreter des Senats sind zu diesem Treffen nicht geladen.

23. Januar 1995

Die von der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten beauftragte Fachkommission übergibt ihren Abschlussbericht. Danach sollen das ehemalige „U-Boot“, zwei Gummizellen und die im Originalzustand wieder hergestellte „Freiganganlage“ des Neubaus, die Wachtürme, das Eingangstor, die Außenmauern sowie ein rekonstruierter Laufweg für Wachhunde und ein nachempfundenes Vernehmungszimmer im Verwaltungsgebäude zur zukünftigen Gedenkstätte gehören. Das vorgelegte Konzept sieht außerdem ein Besucher- und Dokumentationszentrum mit einer Dauerausstellung sowie die künstlerische Gestaltung des Mahn- und Gedenkortes.

Frühjahr 1995

Die in der „Berliner Konferenz“ organisierten Opferverbände richten ein Protestschreiben an den Berliner Bürgermeister Eberhard Diepgen. Darin werfen sie dem Kultursenator Ulrich Roloff-Momin vor, den Ausbau des ehemaligen MfS-Gefängnisses in Berlin-Hohenschönhausen zu einer Gedenkstätte zu verhindern.

9. April 1995

An einer katholischen Gedenkfeier zum Palmsonntag beteiligen sich auf dem Gelände der ehemaligen Haftanstalt 160 Bürger aus dem Stadtbezirk Hohenschönhausen. Als Zeitzeugin ist die ehemalige Gefangene Sigrid Paul geladen.

Mai 1995

Das Organisationsbüro ABS Brücke schließt die Bestandsaufnahme der Räume und Einrichtungen des ehemaligen Haftkrankenhauses ab.

17. Mai 1995

In einer öffentlichen Anhörung stellt die von der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten berufene Fachkommission ihr Konzept für die zukünftige Gedenkstätte vor.

21. Juni 1995

Im Auftrag des WDR und des MDR werden für den zweiteiligen Fernsehfilm „Nikolaikirche“ nach einer Romanvorlage von Erich Loest (Regie Frank Beyer) im Gefängniskomplex Dreharbeiten durchgeführt.

22. Juni 1995

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, die Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Gelände der ehemaligen Untersuchungsanstalt des MfS zügig abzuschließen.

28. Juni 1995

Das Organisationsbüro der ABS Brücke übergibt auf Grundlage des „Stasiunterlagengesetzes“ auf dem Gelände des ehemaligen Gefängnisses aufgefundenes Schriftgut und Restbestände der Häftlingsbibliothek an das Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU).

September 1995

Rückwirkend zum 1. September 1995 übergibt der Bezirk Hohenschönhausen das Gefängnisgelände an die Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten.

Mai 1995

Das Heimatmuseum Berlin-Hohenschönhausen präsentiert die auf Grundlage von Zeitzeugenberichten und Quellen aus dem Staatsarchiv in Moskau (GARF) erarbeitete Broschüre „Das sowjetische Speziallager Nr. 3 Berlin-Hohenschönhausen (Mai 1945 bis Oktober 1946)“.

1. September 1995

Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, besichtigt das ehemalige Untersuchungsgefängnis.

5. Oktober 1995

Im Rahmen des Berliner Gedenktafelprogramms der Historischen Kommission zu Berlin wird am Eingang des ehemaligen Gefängnisses eine Gedenktafel angebracht. An der Enthüllung nehmen der Senator für Kulturelle Angelegenheiten, Ulrich Roloff-Momin, und die Bezirksbürgermeisterin von Hohenschönhausen, Brunhilde Dathe, teil. Keinem der Beteiligten fällt auf, dass der Erläuterungstext die Übergabe des Gefängnisses durch den sowjetischen Geheimdienst MGB an das MfS irrtümlicherweise auf das Jahr 1950 datiert. Tatsächlich übernahm die DDR-Staatssicherheit den Haftort erst im Frühjahr 1951.

24. Oktober 1995

Bei einer ökonomischen Trauerfeier werden die Überreste von 127 Toten des sowjetischen Speziallagers Nr. 3 auf dem städtischen Friedhof in der Hohenschönhausener Gärtnerstraße beigesetzt. Anwesend sind der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, und die Bezirksbürgermeisterin von Hohenschönhausen, Brunhilde Dathe.

1. Dezember 1995

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Stiftung in Gründung) wird als gemeinsame Einrichtung von Bund und Land Berlin gegründet. Zur wissenschaftlichen Leiterin wird die Historikerin und Mitarbeiterin am Museum Berlin-Karlshorst Gabriele Camphausen ernannt. Gleichzeitig beruft die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur (Senatskulturverwaltung) einen Arbeitsausschuss zur Erarbeitung einer detaillierten Rahmenkonzeption für die Gestaltung und Nutzung der Gedenkstätte. Neben Gabriele Camphausen gehören diesem Ausschuss Gerhard Finn, Martin Gutzeit, Petra Morawe, Günther Morsch, Siegfried Suckut, Günther Töpfer, Hermann Weber, Manfred Wilke und Stefan Wolle an. Finn, ehemaliger Gefangener des sowjetischen Speziallagers Buchenwald und Vorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), wird zum Vorsitzenden des Gremiums bestimmt. Die Ernennung der aus Westdeutschland stammenden Camphausen zur Leiterin und die Zusammensetzung des Arbeitsausschusses vorwiegend aus Wissenschaftlern stoßen bei den Opferverbänden auf massive Kritik.

6. Dezember 1995

Bei der offiziellen Einsetzung von Gabriele Camphausen als wissenschaftliche Leiterin der Gedenkstätte verkündet Winfried Sühlo, Staatssekretär für Kultur, dass die Entwicklung des Erinnerungsortes Hohenschönhausen sich am Vorbild der Gedenkstätte „Topographie des Terrors“ orientieren soll.

Februar 1996

Die Gedenkstätte eröffnet ein Zeitzeugenbüro. Die Leitung übernimmt im März d. J. die ehemalige politisch Inhaftierte Mechthild Günther.

26. März 1996

Gabriele Camphausen regt in einem Brief an die Senatsverwaltung für Justiz die Anbringung von Gedenktafeln an den ehemaligen Untersuchungshaftanstalten des MfS in der Magdalenenstraße und in der Kissingenstraße in den Stadtbezirken Lichtenberg und Pankow an.

29. April 1996

Das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen Hellersdorf-Hohenschönhausen-Marzahn lehnt endgültig die Rückübertragungsansprüche der Nachfahren von Richard Heike auf das Gelände der ehemaligen Haftanstalt ab. Nach Einschätzung der Behörde war der Verkauf des Grundstückes von Oktober 1938 an die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt rechtmäßig.

6. Mai 1996

Die Berliner Konferenz der Opferverbände beschwert sich in einem Brief an den neuen Kultursenator Peter Radunski darüber, dass sie von seinem Vorgänger von allen Entscheidungsprozessen und Entscheidungsgremien bezüglich der Gedenkstättengestaltung bewusst ausgegrenzt worden seien.

8. Mai 1996

Der Leiter des Organisationsbüros der ABS Brücke Andreas Noack übergibt vier Säcke mit zum Teil zerrissenen Dokumenten aus dem Haftkrankenhaus und eine Kladder mit der Bezeichnung „SV 18 Haftentlassungen“ an das Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Mai – Juni 1996

Auf mehreren Gesprächsrunden des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen kommt es zwischen dem Arbeitsausschuss der Gedenkstätte und den Vertretern der Opferverbände zu hitzigen Diskussionen über die Inschrift auf einem Gedenkstein.

Zuvor hatte Günter Töpfer, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für die CDU und selbst ehemaliger Untersuchungsgefangener in Berlin-Hohenschönhausen, die kostenlose Bereitstellung und Überführung eines Findlings aus Polen nach Berlin ermöglicht. Da keine Einigung erzielt werden kann, muss die für den 17. Juni geplante Einweihung auf dem ehemaligen Gefängnisgelände in Berlin-Hohenschönhausen verschoben werden.

19. Juni 1996

Der Verein „Biographische Forschungen und Sozialgeschichte e. V.“ stellt im Heimatmuseum Berlin-Hohenschönhausen das erste Heft der Schriftenreihe „Genslerstraße 66“ mit Forschungsergebnissen über das Speziallager Nr. 3 vor.

4. September 1996

Der von der Senatskulturverwaltung eingesetzte Arbeitsausschuss stellt den Entwurf einer Rahmenkonzeption für die Gedenkstätte in einer öffentlichen Veranstaltung zur Diskussion. Ein künftiger Rundweg berücksichtigt das ehemalige „U-Boot“, die erste Etage des neuen Zellentrakts mit Garagenschleuse und Gummizellen, die sogenannte Freiganganlage und das erste Stockwerk des Vernehmergebäudes. Das Konzeptionspapier wird von Vertretern des Kurt-Schumacher-Kreises, des

Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge in der SPD u. a. überwiegend ablehnend diskutiert. Der Vertreter des Bundes Stalinistisch Verfolgter, Harald Strunz, vermisst beispielsweise in dem Konzept eine eindeutig antikommunistische Haltung. Ungeachtet der Kritik aus den Opferverbänden übergibt der Arbeitsausschuss im Oktober 1996 das Rahmenkonzept an die Senatskulturverwaltung und das Bundesinnenministerium.

25. Oktober 1996

Die Gedenkstätte veranstaltet mit den Referenten Gabriele Camphausen, Stefan Karner, Heiner Wember und Ralf Möhler anlässlich des Jahrestages der Auflösung des sowjetischen Speziallagers Nr. 3 im Jahre 1946 eine wissenschaftliche Vortragsveranstaltung.

17. November 1996

Mit fünf Monaten Verspätung wird der von Günter Töpfer gestiftete Gedenkstein auf dem Gelände der Gedenkstätte eingeweiht. Er trägt die Aufschrift „Den Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft (1945-1989)“. Da auch an die in der Sowjetunion hingerichteten und verstorbenen Gefangenen erinnert werden soll, verzichtet man auf die Worte „in Deutschland“. An der Veranstaltung nehmen der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Herwig E. Haase, und der Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Peter Radunski, teil.

28./29. November 1996

Die Gedenkstätte richtet gemeinsam mit der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße und der Arbeitsgemeinschaft 13. August ein Seminar zum Thema „SBZ/DDR als Ausstellungsobjekt“ aus. Vorträge werden von Wolfgang Templin, Brigitte Oleschinski, Tobias Hollitzer, Andreas Ludwig, Gerd Wendt, Jörg Drieselmann, Günter Morsch und Michael Reinhold gehalten.

1997

Erste Baumaßnahmen zur Instandhaltung des denkmalgeschützten Areals beginnen.

Anfang 1997

Die Gedenkstätte ruft den Gesprächskreis „Inhaftiert bei der Staatssicherheit“ ins Leben. Die Moderation der Zusammenkünfte übernimmt der Diplompsychologe und ehemals im Lager X Inhaftierte Hans-Eberhard Zahn. Seit September 1997 wird er von Matthias Melster, einem Vertreter der jüngeren Häftlingsgeneration, unterstützt.

16. April 1997

Gabriele Camphausen stellt das Konzept für die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im Berliner Abgeordnetenhaus vor.

21. Juni 1997

Auf der Konferenz der PDS „Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen“ befürwortet der Sprecher der Historischen Kommission beim Vorstand der Partei, Jürgen Hofman, prinzipiell den Betrieb der Gedenkstätte: „Die PDS kann und wird nichts einzuwenden haben gegen einen Ort der Erinnerung und des Nachdenkens, der all jenen

Gerechtigkeit widerfahren lässt, die in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR zu Unrecht bzw. völlig unangemessen politischer Verdächtigung und Verfolgung ausgesetzt waren.“

Herbst 1997

Über die „Gästeseite“ des Deutschen Historischen Museums ist die Gedenkstätte mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten.

Oktober 1997

Die Leitung der Gedenkstätte wird zum 1. Januar 1998 erneut befristet ausgeschrieben.

6. Oktober 1997

Die Gedenkstätte veranstaltet mit den Zeitzeugen Horst Jänichen und Joachim Kobel einen Studientag zum Thema „Vergessene Orte. Die sowjetischen Speziallager Hohenschönhausen (Nr. 3) und Ketschendorf (Nr. 5)“.

1. Januar 1998

Bund und Land Berlin übernehmen zu gleichen Teilen die finanzielle Förderung der Gedenkstätte. Am gleichen Tag scheidet Gabriele Camphausen offiziell als Leiterin der Einrichtung aus. Sie übernimmt die Stelle der geschäftsführenden Direktorin im Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“.

13. Januar 1998

Der Forschungsverbund SED-Staat präsentiert auf einer Pressekonferenz erste Untersuchungsergebnisse über das sogenannte Lager X der Staatssicherheit in einem über hundertseitigen Arbeitspapier.

10. Februar 1998

Auf einem Treffen des Gesprächskreises „Inhaftiert bei der Staatssicherheit“ stellt die freie Mitarbeiterin Elena Demke das Veranstaltungsprogramm der Gedenkstätte im Rahmen der Reihe „Schauplatz Museum“ vor.

12. Februar 1998

Eine vom Bundesinnenministerium berufene unabhängige Findungskommission für die Auswahl der neuen Leitung der Gedenkstätte, bestehend aus Reinhard Rürup, Christoph Kleßmann, Manfred Wilke und Martin Gutzeit, plädiert für den Berliner Historiker Siegfried Heimann, Vorsitzender der Berliner Historischen Kommission der SPD. Den Opferverbänden wurde im Vorfeld kein direktes Mitspracherecht eingeräumt.

18. Februar 1998

Mit Verweis auf die Missachtung der Opfervertreter nimmt das Mitglied der Findungskommission Manfred Wilke in einem Brief an Peter Radunski, Senator für Kulturelle Angelegenheiten, sein Votum für Siegfried Heimann zurück.

März 1998

Nach anhaltender Kritik der Betroffenenverbände am Auswahlverfahren des zukünftigen Gedenkstättenchefs und teilweise auch an der Person Siegfried Heimanns wird Gabriele Camphausen, seit Januar 1998 Direktorin der Stiftung „Topographie des Terrors“, von der Senatskulturverwaltung beauftragt, die Gedenkstätte „bis auf weiteres“ kommissarisch zu leiten. Faktisch wird die Einrichtung jedoch von der Verantwortlichen für das Zeitzeugenbüro Mechthild Günther geführt, der ab 1. April die geschäftsführende Leitung übertragen wird.

10. Juni 1998

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ bestätigt die gesamtstaatliche Bedeutung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und deren dauerhafte finanzielle Förderung durch den Bund. Sie empfiehlt in ihrem Abschlussbericht zu prüfen, ob im ehemaligen Gefängnis eine „umfassende ... Gedenk- und Dokumentationsstätte zur Erinnerung an Opposition und Widerstand in der SBZ und DDR“ eingerichtet werden kann.

September 1998

Vor allem aus finanziellen Gründen unterbreitet die CDU/SPD Regierung Berlins den Vorschlag, die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur anzugliedern.

24. Oktober 1998

Auf dem städtischen Friedhof in der Hohenschönhausener Gärtnerstraße wird für die Toten des sowjetischen Speziallagers Nr. 3 der vom Hohenschönhausener Designer Manfred Höhne entworfene „DenkOrt“ eingeweiht – ein mit Feldsteinen belegtes Gräberfeld, das durch ein Labyrinth, eingefasst von Eichenbalken, betreten wird. Die Gestaltung der Anlage wird vom Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge bei der SPD als „eine Art jüdischer Friedhof“ abgelehnt.

26. Oktober 1998

Vertreter der Senatskulturverwaltung, der Gedenkstätte, von Aufarbeitungsinitiativen und des Abgeordnetenhauses beraten über die aktuelle Situation am Erinnerungsort Berlin-Hohenschönhausen und die Organisation dringender Baumaßnahmen.

Dezember 1998

Seit Anfang des Monats muss die Gedenkstätte mit sieben statt bisher mit 20 Mitarbeitern auskommen. Nach vier Jahren Laufzeit hat das zuständige Arbeitsamt die Projektfinanzierung der ABS Brücke nicht mehr verlängert. Zu den entlassenen ABM-Kräften gehört auch der ehemalige Häftling Gerhard „Charly“ Rau, der bislang Besuchergruppen durch das ehemalige Gefängnis geführt hat.

15. Februar 1999

In einem Brief an den Kultursenator Peter Radunski fordern die Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen BSV, HELP e. V., Forum zur Aufklärung und Erneuerung e. V. und ASTAK die

Ablösung der kommissarischen Leiterin der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen Mechthild Günter. Unter anderem wird ihr unterstellt, den Besuchern ein beschönigendes Bild des ehemaligen Untersuchungsgefängnisses zu vermitteln.

13. Juli 1999

Nachdem die Vorstellungen zur „Zentralisierung“ der Berliner Gedenkstättenlandschaft von der Senatsseite ad acta gelegt wurden, treffen sich Mitarbeiter der Gedenkstätte und Repräsentanten der Aufarbeitungs- und Verbändeszene mit Vertretern der Senatskulturverwaltung, um das weitere Prozedere hinsichtlich der zu gründenden selbständigen Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zu besprechen.

7. September 1999

Die Gedenkstätte begrüßt den 100.000. Besucher. Mittlerweile sind 20 Honorarkräfte als Besucherreferenten tätig. Die meisten von ihnen sind ehemalige Stasi-Opfer.

8. November 1999

Die nun um zwei Vertreter der Opferverbände erweiterte Findungskommission für die Auswahl des neuen Leiters der Gedenkstätte lehnt nach Gesprächen mit den Bewerbern alle Kandidaten als ungeeignet ab. Die Opferverbände streben eine Neuausschreibung der Stelle an.

15. Dezember 1999

Auf dem städtischen Friedhof in der Hohenschönhausener Gärtnerstraße werden die bei Baugrabungen aufgefundenen Knochenteile von 122 weiteren Insassen des sowjetischen Speziallagers Nr. 3 bestattet. Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin, und Bärbel Grygier, Stadtbezirksbürgermeisterin von Hohenschönhausen, laden gemeinsam zur Teilnahme an der feierlichen Beisetzung ein.

25./26. März 2000

In den Wochenendausgaben ausgewählter Tageszeitungen lässt die Senatskulturverwaltung die Stelle eines wissenschaftlichen Direktors der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen neu ausschreiben.

7. Juni 2000

Das Abgeordnetenhaus von Berlin verabschiedet das Gesetz über die Einrichtung der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“. Es schließt für die Mitarbeiter die Anwendung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes ausdrücklich aus. Nur die PDS fordert hinsichtlich der Bezahlung der Mitarbeiter eine Gleichstellung mit anderen Gedenkstätten. Das Gesetz tritt am 1. Juli 2000 in Kraft.

15. September 2000

In der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur in der Brunnenstraße 188-190 konstituiert sich der Stiftungsrat der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Er beruft

Hubertus Knabe, bis dahin tätig als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim BStU, zum Vorstand und zum Wissenschaftlichen Direktor der Stiftung.

1. Dezember 2000

Hubertus Knabe tritt sein Amt als Direktor der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen an.